

sol i aktuell



Schön gerechnet

Der »Berufsbildungsbericht 2008« der Bundesregierung stößt in den Gewerkschaften auf Widerspruch.

An den gut 1,7 Millionen Azubis in Deutschland ist der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre vorbeigegangen. Die Ausbildungsvergütungen stiegen – bereinigt um die Inflation – zwischen 2000 und 2006 im Westen nur minimal um 0,1 Prozent. Im Osten gab es sogar einen Rückgang um 0,4 Prozent.

So steht es im »Berufsbildungsberichts 2008« der Bundesregierung, der Anfang April 2008 im Kabinett beschlossen wurde.

Zum Glück, könnte man sarkastisch anmerken, ist es in Deutschland nicht ganz einfach, Auszubildender zu werden – um dann in den Genuss dieses besonderen Reallohnverlustes zu kommen. Die Bundesregierung spricht zwar von einer Trendwende im Ausbildungssektor. Von 100 SchulabgängerInnen hätten rechnerisch 66 einen Ausbildungsplatz erhalten.

Viel zu merken ist indes davon nichts: Denn fast 100.000 BewerberInnen blieben 2006/2007 ohne Ausbildungsplatz, obwohl sie eine betriebliche Ausbildung anstreben. Ein großer Teil der Jugendlichen hat sich seit Jahren erfolglos beworben und taucht als »Altbewerber« wieder auf. Auf mindestens 200.000 wird der zusätzliche Bedarf an Ausbildungsplätzen bei den Gewerkschaften geschätzt. Warteschleifen und Einstiegsqualifizierungen eingerechnet, sind

OHNE KONZERN-DOPING

Aktion Sauberer Sport

Die Olympischen Spiele stehen vor der Tür. Grund genug für »Play Fair«, einen weltweiten Zusammenschluss von über 150 Gewerkschaften und NGOs, einen »digitalen Fackellauf« für Arbeitsrechte zu starten und über die Arbeitsrechtsverletzungen im Sport-Business aufzuklären. www.catchtheflame.org

www.catchtheflame.org

1. MAI 2008



»Gute Arbeit muss drin sein« – so lautet das diesjährige 1. Mai-Motto des DGB

insgesamt eine Million Jugendliche betroffen.

Nur noch 319.800 der insgesamt 734.300 Bewerber, die bei der Bundesagentur für Arbeit zum September 2007 gemeldet waren, konnten eine Berufsausbildung beginnen. Das sind gerade einmal 43,6 Prozent, verglichen zum Vorjahr fünf Prozent weniger – und insgesamt weit weniger als die Hälfte, stellt die Gruppe der GewerkschafterInnen im Hauptausschuss des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiBB) in ihrer Bewertung des »Berufsbildungsberichts 2008« fest. »Der Rückzug aus der Ausbildung und die Reduzierung der Anzahl der Ausbildungsplätze sind volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich betrachtet kontraproduktiv«, schreiben die ArbeitnehmervertreterInnen.

Dass der Ausbildungspakt zwischen Bundesregierung und Wirtschaft nicht greift, beweist der von der Bundesregierung angekündigte Ausbildungsbonus. »Die Allgemeinheit der Beitragszahler muss die Kohlen für die Wirtschaft aus dem Feuer holen«, bemängelt Regina Görner, im Vor-

INHALT

3 projekte

Böse Überraschung:
Der 2. Mai 1933

Beratung im neuen Konzept:
»Montag!«

Alles neu: Ausbildung für alle

4 ausbildung + beruf

Praktikum: Gesetzliche Verbesserung nicht in Sicht

5 thema

Aktiv im Vorfeld: Der erste Kontakt mit der Gewerkschaft

6 jav-ratgeber

Eine besondere JAV-Aufgabe: Die betriebliche Einstiegsqualifizierung

7 bezirke + gewerkschaften

**Community im Zelt: »Berlin 08«
In Vorbereitung: Das ESF**

stand der IG Metall zuständig für den Jugendbereich.

Auch die berufliche Weiterbildung ist an einem Tiefpunkt angekommen. Die Zahl der TeilnehmerInnen an allgemeiner Weiterbildung stagniert, die Investitionen der Betriebe in berufliche Weiterbildung sind sogar gesunken. »Das Verständnis für die Notwendigkeit lebenslangen Lernens ist bei den Beschäftigten, nicht aber bei ihren Chefs angekommen«, konstatiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

Dass mit Blick auf die abnehmenden SchülerInnenzahlen die Diskussion um den Mangel an Ausbildungsplätzen zunehmend von der des Fachkräftemangels überlagert wird, kritisiert Marco Frank, bei der DGB-Jugend für Ausbildungsfragen zuständig.

Die künftig sinkende Zahl der Schulabgänger sei seit Jahren bekannt. »Rechtzeitig qualifizieren statt Probleme herbeireden wäre die Alternative«, sagt Frank.

Die DGB-Jugend hat in den vergangenen Jahren wiederholt auf die Probleme im Ausbildungs- und Bildungssektor hingewiesen und fordert seit langem ein gesetzliches Umlageverfahren zur Finanzierung der Ausbildung. [S](#)

Der »Berufsbildungsbericht 2008« im Internet:
www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php

Lösungen finden



A. Merkel

Offener Gewerkschaftsbrief ■ Mit einem offenen Brief haben sich die Gewerkschaften an die Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) gewandt und darin eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Integration gefordert.

Der Brief im Wortlaut: www.gelbehand.de/brief2008

Gesundheit!

Vergütung eingeklagt ■ Ausbildungsträger im Gesundheitssektor haben ihren SchülerInnen nach § 12 Abs. 1 des Krankenpflegegesetzes eine angemessene Ausbildungsvergütung zu gewähren. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden. Eine angemessene Ausbildungsvergütung orientiere sich nicht am Budget, sondern sei bei der Festlegung des Budgets zu berücksichtigen.

Der Fall: Eine Firma hatte die Klägerin als Gesundheits- und Krankenpflegerin ausgebildet. Die vereinbarte Ausbildungsvergütung unterschritt das Tarifniveau um 35,65%. Der monatliche Unterschiedsbetrag belief sich auf 229,06 Euro brutto.

BAG, Az.: 9 AZR 1091/06

Wie DGB-Jugend

BiBB empfiehlt ■ Nun hat auch der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) – wie zuvor die DGB-Jugend – an den Gesetzgeber appelliert, den von der Bundesregierung beschlossenen Ausbildungsbonus für AltbewerberInnen klar auf jene Jugendlichen zu begrenzen, die ansonsten keine Chance auf eine betriebliche Ausbildung haben, um Fehlanreize und Mitnahmeeffekte zu vermeiden und den bürokratischen Aufwand so gering wie möglich zu halten.

Die Zielgruppe im vorliegenden Gesetzentwurf sei weiterhin zu weit gefasst. Sie sei auf jene Altbewerber zu beschränken, »die maximal über einen Realschulabschluss verfügen und bereits seit mehr als einem Jahr vergeblich auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind und individuell benachteiligt sind«.

Abwärtstrend

Azubis in der BA ■ Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat im vergangenen Jahr 992 Auszubildende eingestellt. Im Jahr 2006 waren es noch 1.510, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht.

Bundestagsdrucksache 16/8431

Aufstiegsszenario

Schavan-Stipendien ■ Bundesbildungsministerin **Annette Schavan** (CDU) will Jugendlichen, die in Ausbildung und Beruf »besonderes Talent« bewiesen haben, den Weg zum Studium ebnet.

Und zwar mit 3.000 so genannten Aufstiegsstipendien. Mehr als 25 Mio. Euro sollen dafür bereitgestellt werden. Kernstück: eine elternunabhängige Förderung in Höhe von 650 Euro monatlich.

www.welt.de



A. Schavan

Weiter ungerecht

OECD-Bericht ■ Mit der Ausgabe 2007 von »Bildung auf einen Blick« legt die OECD ein aktuelles Werk vor. Die Kernergebnisse für Deutschland weisen auf etliche, wohl bekannte Baustellen hin: Das Risiko, arbeitslos zu werden, nimmt mit geringerem Bildungsstand deutlich zu – und das in Deutschland wesentlich stärker als im OECD-Mittel.

Die Entwicklung der Studienanfängerzahlen legt nahe, dass sich der internationale Trend zu höheren Qualifikationen weiter verstärken wird. Die Studienanfängerquote in Deutschland hängt dagegen bei 36%. Und: Während im OECD-Durchschnitt etwa 57% der 15-Jährigen ein Hochschulstudium anstreben, sind dies in Deutschland nur 21%.

www.oecd.org/edu/eag2007

Es wird besser

Berlin: Gewalt nimmt ab ■ Im Schuljahr 2006/2007 wurden mehr Gewaltvorfälle aus den öffentlichen allgemeinbildenden, beruflichen und Schulen des zweiten Bildungswegs in Berlin gemeldet. Den 1.735 Meldungen im Schuljahr 2006/2007 stehen 1.573 Meldungen im Vorjahr gegenüber. Dies bedeute eine Zunahme um 10%. Damit sei aber die Serie der ganz hohen Zuwachsraten (zwischen 33% und 76%) der Vorjahre erstmals unterbrochen worden, vermeldet der Berliner Senat zuversichtlich. Bei insgesamt 938 Schulen meldete damit jede Berliner Schule im Durchschnitt 1,8 Fälle von Gewalt.

www.jugendhilfeportal.de

KSM verboten

Tschechischer Jugendverband ■ Drei Tage vor dem 8. Kongress des Tschechischen Kommunistischen Jugendverbandes (KSM) und zweieinhalb Jahre nach der ersten Verbotsdrohung des Tschechischen Innenministerium ist das Urteil im Prozess um das Verbot des KSM gesprochen: Der Verband ist verboten. Die Behörden werfen den Mitgliedern vor, in ihrem Programm zu fordern, Produktionsmittel zu verstaatlichen.

www.gegen-ksm-verbot.de

Azubi-Tausch

»Leonardo«-Programm ■ 2008 dürften nach Angaben von Bildungsstaatssekretär **Andreas Storm** (CDU) erstmals mehr als 10.000 Auszubildende das EU-Austauschprogramm »Leonardo« nutzen. Das seien 40% mehr als noch 2006.

Das Programm richtet sich in erster Linie an Auszubildende, denen durch Praktika Arbeitserfahrungen im Ausland vermittelt werden. In den Jahren 2006 und 2007 nahmen 7.000 und 8.000 junge Deutsche das Angebot wahr. Als Ziel nannte Storm, bis 2015 doppelt so vielen jungen Fachkräften wie im Moment einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen.

Na, das...

...wurde aber auch Zeit! ■ 63 Jahre nach Kriegsende erkennt die Stadt Hannoversch Münden bei Göttingen **Adolf Hitler** die Ehrenbürgerwürde ab. Nach Berichten der Lokalzeitung habe man »zufällig« bemerkt, dass Hitler immer noch Ehrenbürger war. Das Stadtparlament erkannte ihm einstimmig die höchste Auszeichnung einer Gemeinde ab.

Zum Vergleich: Düsseldorf erkannte im Jahr 2000, Aschersleben 2006 und Bad Doberan 2007 Hitler die Ehrenbürgerwürde ab.

Laut »Süddeutsche Zeitung« hat es Hitler zu Lebzeiten in rund 4.000 deutschen Städten zum Ehrenbürger gebracht. Einige zählten ihn noch immer zu diesem erlauchten Kreis. Im Jahr 2007 habe etwa **Max Knott** (CSU), Bürgermeister der bayerischen Gemeinde Nittendorf-Etterzhausen, diesen Umstand damit erklärt, dass man Hitler ja keinen Brief mehr schreiben könne, um ihm die Ehrenbürgerwürde abzuerkennen.

Nicht akzeptabel

Kommentar des Monats ■ »Das halte ich für nicht mehr akzeptabel, wie Schüler oft abgestraft, man kann sagen, wie sie beleidigt werden. Also: Das Lernklima zwischen Lehrenden und Lernenden muss sich verbessern. Ich sehe allerdings auch eine strukturelle Schwierigkeit: Solange Lehrer Schülern sagen können, dass sie eben nicht zu ihnen gehören und der Schulform nicht würdig sind, solange wird sich da nichts ändern. Wenn Schüler die Hoffnung verlieren oder wenn ihnen Hoffnung genommen wird, etwas lernen zu können, dann ist eben gar nichts mehr möglich.«

Rainer Domisch, Unterrichtsrat in der obersten Schulbehörde Finnlands, zu deutschen Schulen



A. Storm



R. Domisch

Foto: BiBB

Böse Überraschung

Die Gewerkschaften rufen zum Gedenken auf: Am 2. Mai 1933, vor 75 Jahren, zerschlugen die Nazis die Arbeiterbewegung.

Am 2. Mai 1933 stürmten SA- und SS-Männer die Gewerkschaftshäuser. Gewerkschaftsfunktionäre wurden eingekerkert, gefoltert und ermordet. Nur drei Monate, nachdem die Macht in Deutschland an die Nationalsozialisten ausgeliefert worden war, gehörten damit Gewerkschaften und ihre Repräsentanten ebenso wie demokratische Politiker zu den ersten Opfern des Naziterrors.

Steigbügelhalter der Nazis waren Parteien, Politiker und nicht zuletzt Wirtschaftsführer, die damit bleibende Schuld auf sich geladen haben. Auch manche Gewerkschaftsfunktionäre hatten anfangs geglaubt, sie könnten mit den Nazis zum Wohl der Arbeiterschaft zusammenarbeiten. Noch den 1. Mai 1933 haben manche mit den Nazis gemeinsam begangen.

Am 2. Mai kam für alle das böse Erwachen. Zielstrebig und gründlich zerschlug das NS-Regime die Arbeiterbewegung. Für freie, unabhängige, der Demokratie verpflichtete Gewerkschaften war im NS-Staat kein Platz.

Dem 1. Mai wurde seine ursprüngliche

Bedeutung als wichtigster Festtag der internationalen Arbeiterbewegung geraubt. Er wurde zum »Tag der nationalen Arbeit« deklariert. Man berief sich auf angeblich uraltes germanisches Brauchtum und nutzte fortan den gesetzlichen Staatsfeiertag als Kulisse für Massenaufmärsche und aufwändig arrangierte Kundgebungen.

Der 2. Mai 1933 ist ein Anlass für das Gedenken an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die der Nazi-Barbarei zum Opfer fielen. Am 1. und 2. Mai 2008 wird auf einer zentralen Veranstaltung in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen und an anderen

Orten an diesen Tag erinnert. Denn was mit der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser begann, endete mit 60 Millionen

Kriegstoten und über sechs Millionen Opfern in den Konzentrationslagern.

Angesichts dessen können es Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht hinnehmen, dass alte und neue Nazis vielerorts den 1. Mai erneut als Vorwand nutzen, um Gewerkschaften und die ganze demokratische Öffentlichkeit mit eigenen Aufmärschen und Kundgebungen zu provozieren und die Opfer des NS-Regimes zu verhöhnen.

Die 75. Wiederkehr des Tages, an dem die Nazis die Arbeit der Gewerkschaften für immer zerschlagen wollten, ist ein An-

lass mehr, ein Verbot aller Organisationen und Parteien zu fordern, die Nazi-Gräueltaten auch heute noch verherrlichen, die Opfer beleidigen und Demokratie, Freiheit und Menschenrechte beseitigen wollen. ☐

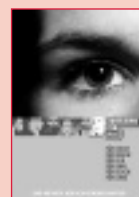
AUSBILDUNG FÜR ALLE

Neue Materialien

Die Initiative »Ausbildung für alle« ist im Jahr 2008 ein Schwerpunkt der DGB-Jugend-Arbeit. Ziel ist es, allen Jugendlichen eine Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung zu geben und entsprechend Druck auf Politik und Wirtschaft zu machen. Getragen wird die Initiative auch 2008 vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam mit zahlreichen UnterstützerInnen und Bündnispartnern.

Die DGB-Jugend stellt nun – rechtzeitig zum 1. Mai 2008 – neues Material zur Verfügung: Für konkrete Aktionen wurden weitere Banner und Aufkleber nachproduziert. Fakten und Argumente rund um die Ausbildungssituation sind verständlich und gut vermittelbar in einer Broschüre zusammengefasst worden. Sie ist als Arbeitshilfe für die ehren- und hauptamtlichen KollegInnen vor Ort und für andere Multiplikatoren gedacht. ☐

Alle Materialien zu bestellen per E-Mail: Silvia.Grigun@dgb.de



Beratung im neuen Konzept

»Montag!« heißt das neue Magazin der DGB-Jugend für SchülerInnen.

Wenn sich die Schulzeit dem Ende nähert, sind Gewerkschaften gefragt: Die richtige Berufswahl und die Bewerbung um einen Ausbildungsplatz sind wichtige Themen an den Schulen – und berühren Kernkompetenzen der Gewerkschaftsjugend.

Mit ihrem neuen Magazin »Montag!« unterstützt die DGB-Jugend SchülerInnen nun bundesweit bei der Berufsorientierung und beim Einstieg in die Ausbildung.

»Montag!« führt die breit gefächerten Kompetenzen und die jahrzehntelange Erfahrung der Mitgliedsgewerkschaften mit diesen Themen zusammen. In Sprache und Gestaltung nah an der Zielgruppe, werden junge Menschen in verschiedenen Ausbildungsbranchen porträtiert und mehr als 150

Berufe vorgestellt. Dabei spielt natürlich auch das Einkommen eine Rolle.

Darüber hinaus stellt das Magazin die vielfältige Arbeit der Gewerkschaftsjugend dar: »Als Interessenvertretung für die junge Generation im Betrieb, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft sind auch Schülerinnen und Schüler für uns eine entscheidende Zielgruppe«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.



Es ist ein »Montag!«

Sinn und Rolle von Gewerkschaften

und der konkrete Nutzen einer Mitgliedschaft seien vielen jungen Menschen beim Einstieg ins Berufsleben unklar. Deshalb gehe es der DGB-Jugend darum, einen positiven Erstkontakt zu den späteren Auszubildenden herzustellen – denn der erleichtert später die gewerkschaftliche Ansprache im Betrieb.

So passt das Heft nicht nur zur Situation der jungen Menschen an der Schwelle ins Berufsleben, sondern auch ins Gesamtbild der Arbeitsteilung zwischen DGB und Einzelgewerkschaften. Das neue Magazin bildet damit den Auftakt eines umfassenden, systematischen Ansprachekonzepts. ☐

Bestellungen: www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren

Besserung nicht in Sicht

BMAS-Studie zur guten Arbeit von BerufseinsteigerInnen: Mit dem Verzicht auf eine klare gesetzliche Regelung des Praktikums wurde eine große Chance vergeben.

Die Anforderungen der DGB-Jugend an ein gutes Praktikum lauten u.a. so: Es muss zeitlich begrenzt sein und im Rahmen der Ausbildung absolviert werden. Praktika sollten nicht länger als drei Monate dauern. Da PraktikantInnen auch arbeiten, haben sie Anspruch auf eine angemessene Vergütung (ab 300 Euro pro Monat, ausgenommen Schulpraktika). Volontariate und ähnliche Berufseinstiegsprogramme sollten mit mindestens 7,50 Euro pro Stunde bezahlt werden.

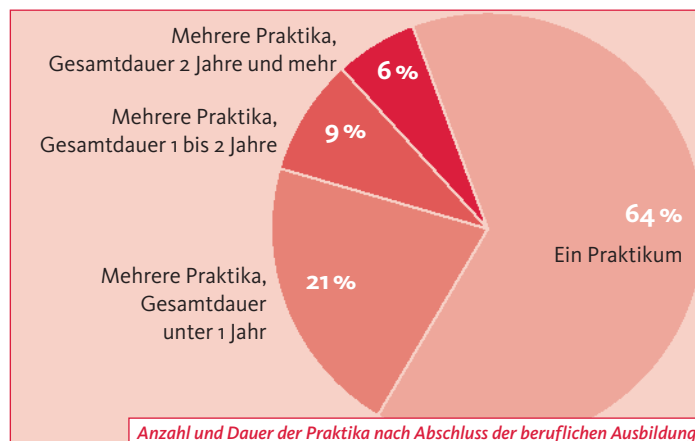
Dass aus diesen Forderungen derzeit nichts wird, dafür sorgt Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD). Sein Ministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat im März 2008 zwar die lang erwartete Studie »Gute Arbeit aus Sicht von Berufseinsteigern 2007« auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung von Berufseinsteigern im Alter zwischen 18 und 34 Jahren vorgelegt. Aber notwendige gesetzliche Schritte plant er leider keine.

Scholz hat nur »gesetzliche Klarstellungen« angekündigt, die »den Lernzweck

stärker als Mittelpunkt eines Praktikums definieren und für eine angemessene Vergütung sorgen sollen«. Zudem soll geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen Praktikumsvereinbarungen der Schriftform bedürfen. Von der Festlegung einer zeitlichen Begrenzung ist allerdings nicht die Rede.

Die angekündigten punktuellen Maßnahmen lassen das Praktikantenverhältnis im Grunde in der rechtlichen Grauzone zwischen Arbeits-, Berufsbildungs- und Vertragsrecht. »An der gesetzlichen Grundlage ändert sich nichts. Schon heute soll ein Praktikum ein »Lernverhältnis« und die Vergütung »angemessen« sein. Wir wissen, dass sich viele Unternehmen darum keinen Deut scheren«, kommentiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

Dabei belegen die Studienergebnisse dringenden Handlungsbedarf: Die Praktikumsphase dauert in Deutschland für jeden



zweiten länger als sechs Monate. Etwa die Hälfte der Praktika, die nach Abschluss eines Studiums oder einer Ausbildung absolviert werden, sind unbezahlt. Mehr als drei Viertel der PraktikantInnen geben an, während des Praktikums mindestens 50 Prozent der Arbeitszeit als normale Arbeitskraft eingesetzt worden zu sein.

Von allen jungen, qualifizierten Beschäftigten, die im Verlauf ihres beruflichen Einstiegs ein Praktikum ableisten, sind lediglich 22 Prozent vom selben Arbeitgeber übernommen worden, darunter elf Prozent in ein unbefristetes, acht Prozent in ein befristetes Arbeitsverhältnis – und besonders prekär: drei Prozent erneut als PraktikantIn oder als LeiharbeiterIn bzw. im Rahmen eines Honorarvertrages.

Die PraktikantInnen selbst befürworten die gesetzliche Regelung der Praktika: Jede/r zweite ist der Auffassung, dass Praktika auf die Zeit vor dem Ende der Ausbildung begrenzt werden sollten. Die Einführung einer Mindestvergütung für Praktika wollen 63 Prozent – und dass es endlich eine gesetzliche Höchstdauer pro Praktikum gibt, 64 Prozent.

Fakt ist: Fast zwei Millionen junge Menschen fangen nach Studium oder Ausbildung noch mal ganz von vorne an. Sehrbrock hat den Arbeitsminister nun aufgefordert, Praktika generell auf drei Monate zu begrenzen: »Eine zeitliche Begrenzung per Gesetz ist das einfachste Instrument, um sicherzustellen, dass das Praktikum tatsächlich ein Lernverhältnis ist. Je länger Praktika dauern, desto größer ist die Gefahr, dass sie reguläre Beschäftigung ersetzen sollen.« [5]

Die Studie »Gute Arbeit aus Sicht von Berufseinsteigern 2007« im Internet: www.bmas.de, Stichwort »Jüngere«, und www.dgb-jugend.de

STRATEGIEN

Normalfall Praktikum

Eine zeitliche Begrenzung der Praktika ist Pflicht, sagt Jessica Heyser, Referentin bei der DGB-Jugend.

Der DGB hat es als bedauerlich bezeichnet, dass sich die Situation von PraktikantInnen nicht bessert. Wie werdet ihr nun weitermachen?

Wir denken, dass Praktika unbedingt zeitlich auf drei Monate begrenzt werden müssen – sonst ist die Gefahr hoch, dass sie reguläre Arbeitsplätze ersetzen. Solange der Gesetzentwurf noch nicht auf dem Tisch liegt, werden wir darauf dringen, dass die Regelungen umfassender ausfallen.

Arbeitgebernahe Arbeitsmarktexperten legen nahe, dass es das Problem angesichts des Fachkräftemangels nicht mehr lange geben wird...

...und die BMAS-Studie zeigt genau das Gegenteil! Obwohl es in einigen Branchen bereits nicht mehr genügend Fachkräfte gibt, nimmt der Anteil derer zu, die auch nach dem Abschluss eines Studiums oder einer Ausbildung

noch ein Praktikum machen. Das Praktikum beim Berufseinstieg wird zum Normalfall, Firmen nutzen PraktikantInnen als billige Arbeitskräfte – und Praktika wohl auch für die Rekrutierung von MitarbeiterInnen. Aber dafür ist die Probezeit da.

Die OECD hat gerade wieder die geringe Studierneigung in Deutschland bemängelt – der Zugang sei gerade für junge Leute aus sozial problematischen Milieus erschwert. Hält sie auch das Chaos bei den Praktika vom Studieren ab?

Ganz vorne stehen sicher die Studiengebühren in einigen Bundesländern. Aber sicher sind auch die Arbeitsmarktperspektiven ein Grund: Die Studie des Arbeitsministeriums zeigt, dass die Berufsbiografien von Akademikern immer prekärer werden, und da spielt natürlich auch das Thema Praktikum eine Rolle. Fazit: Auch wenn ich in ein Studium »investiere«, heißt das noch lange nicht, dass ich danach einen sicheren, gut bezahlten Job habe. Diese Erkenntnis mag viele abhalten. [5]



Aktiv im Vorfeld

Vorfeldarbeit bedeutet für die DGB-Jugend: Ansprache von Jugendlichen außerhalb der Betriebe. Ziel der Aktivitäten ist es, den ersten Kontakt herzustellen. Ein Überblick

Die Vorfeldaktivitäten der DGB-Jugend haben sich in den vergangenen Jahren in drei wesentlichen Kernbereichen weiterentwickelt: Bei der Ansprache der Jugendlichen in allgemeinbildenden Schulen, in der Berufsschule und an Universitäten und Hochschulen.

Allgemeinbildende Schulen

Ziel der Ansprache von SchülerInnen in der Schule ist es, einen ersten Kontakt mit Gewerkschaften zu organisieren. Dies geschieht in der Regel in den Abgangsklassen, also in der Phase der Berufsorientierung. Schon hier kann die DGB-Jugend die gewerkschaftliche Kompetenz für Ausbildung und Arbeit in der Beratung und Unterstützung innerhalb der Berufsorientierung sehr gut platzieren und somit einen positiven Erstkontakt zwischen Gewerkschaft und SchülerInnen herstellen.

In fast allen Bezirken ist die DGB-Jugend regelmäßig an allgemeinbildenden Schulen präsent. Insgesamt wurden 2007 ca. 10.000 SchülerInnen der Abgangsklassen erreicht.

Planspiele zur Berufsorientierung und Beratung bei Bewerbung stellen im Wesentlichen die inhaltlichen Angebote dar. Die Jugendlichen erhalten konkrete Tipps und Anregungen bei der Suche nach einer geeigneten Ausbildungsmöglichkeit. Eine gute und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Schulen bildet die Grundvoraussetzung für Zugang, Akzeptanz und Kontinuität. In einigen Bezirken besteht darüber hinaus eine Kooperation mit Krankenkassen, Agenturen für Arbeit und Unternehmen.

Berufsschulen

Die Berufsschularbeit hat sich in den letzten fünf Jahren zu einem wichtigen Schwerpunkt innerhalb der Vorfeldarbeit der DGB-Jugend entwickelt. Auszubildende werden angesprochen, die in klassischen Betriebsstrukturen durch die Gewerkschaften nicht erreicht würden.

Berufsschularbeit richtet sich an junge

Leute in dualer, schulischer und außerbetrieblicher Ausbildung. Ihr Ziel: die politische Bildung und Interesse zu wecken an gewerkschaftlichen Themen und Handeln. Die Jugendlichen sollen ermutigt werden, sich zusammen mit anderen für ihre Rechte einzusetzen.

Welches Potenzial die Ansprache in den Berufsschulen birgt, zeigen folgende Zahlen: Bei einer Befragung von über 1.000 BerufsschülerInnen im Jahr 2007 gaben 67 Prozent an, noch keinen Kontakt zu einer Gewerkschaft gehabt zu haben. 38 Prozent konnten sich vorstellen, Gewerkschaftsmitglied zu werden.

DGB-Jugend und Gewerkschaftsjugend haben deshalb in den letzten Jahren die Ar-

beit an den Berufsschulen intensiviert. Hier wurden verschiedene Konzepte ausprobiert, eingeführt und

weiterentwickelt: So gibt es den sechsstündigen Projekttag für Demokratie und Mitbestimmung (PDM), der einen Einblick in die Arbeit von Gewerkschaften bietet. Es gibt aber auch kürzere Unterrichtseinheiten von 45 bis 90 Minuten, die das Wichtigste zum Thema Gewerkschaften, Tarifverträge, Mitbestimmung und Interessenvertretung zusammenfassen. Ergänzt werden die Unterrichtseinheiten durch Teams und Infostände auf dem Schulhof.

Ausblick

Die DGB-Jugend hat 2007 damit begonnen, die Berufsschularbeit der Gewerkschaften und der DGB-Jugend in Zukunft noch besser zu verzahnen. Dazu gehören u.a. ein einheitlicher Auftritt auf dem Schulhof, eine bundesweite Homepage für Berufsschullehrkräfte und eine bundesweite Schulung für die Ansprache auf dem Schulhof in einem so genannten Hofteam. Im Zentrum steht neben den Berufsschulinhalten das gewerkschaftliche Engagement.

Universitäten und Hochschulen

Das Projekt »Students at work« (SAW) bildet das »Dach« der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit der DGB-Jugend. In der Regel erfolgt die Studierendenarbeit in Kooperation mit den Mitgliedsgewerkschaften.

Zielgruppen sind Studierende, die jobben oder ein Praktikum machen, (hochschul-) politisch interessiert sind, und AbsolventInnen während des Berufseinstiegs. Zeit zählt: Gerade AkademikerInnen müs-

SAW-ANGEBOTE

- 38 Hochschulinformationsbüros (HIBs) bzw. Campus-Offices vor Ort
- Campustour in Berlin/Brandenburg
- Beratung bei Problemen im Job oder Praktikum
- Informationsveranstaltungen zu Nebenjobs/Praktika
- Informationsveranstaltungen zu bestimmten Berufsfeldern/Branchen mit ReferentInnen aus den Mitgliedsgewerkschaften
- Veranstaltungen zu hochschulpolitischen und gewerkschaftlichen Themen
- Homepage
- Projektteam »Students at work« Service-Einheit für die Aktiven vor Ort. [S](#)

sen frühzeitig angesprochen werden, um sie als zukünftige Mitglieder gewinnen zu können.

Aktuell gibt es 38 so genannte Hochschulinformationsbüros (HIBs) an den Universitäten und Fachhochschulen. Flankiert wird die Arbeit vor Ort durch die SAW-Homepage mit Beratungsangeboten, Praktikumsbewertung, Infos zu Nebenjob und Praktikum sowie einem umfangreichen Intranet-Angebot für die Aktiven. [S](#)

VORFELDARBEIT

Maßnahmen – und erreichte SchülerInnen 2007

- Projekttag »Demokratie und Mitbestimmung« (11.340)
- Ansprache auf dem Schulhof (22.000)
- Unterrichtseinheiten zu ausgewählten Themen (18.020)
- Projekttag »Ausbildung und dann« (144)
- Planspiel »Ready Steady Go« (910)
- sechsstündiger Projekttag zur Berufsorientierung (500)
- Berufsorientierungscamp (160)
- Berufsinformationstage (2.910)
- Berufsbildungsmessen (12.000)
- Bewerbungstrainings (243)
- Potential Assessment (40)
- Schulische Wege zur Ausbildung (20)
- Broschüre: »Schule – was dann« (12.500)
- Seminare zur Lebensweg- und Berufswegplanung (985)
- Projekttag »Interessenvertretung und Gewerkschaften« (1.230)
- Beratungsstellen in Hauptschulen (300)
- Projekttag »Fit for Life« (90)
- Seminar für SchülerInnenvertretungen (230)
- Gender-Projekt (400) [S](#)

Eine besondere Aufgabe

Sind wir zuständig? Ja. Die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ) als Arbeitsfeld der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV).

Früher war's mal so: Teil des Pakts für Ausbildung war das Einstiegsqualifizierungsjahr (EQJ). Damit wollten Bundesregierung und Wirtschaft Jugendlichen bis 25 Jahren, die auch nach den bundesweiten Nachvermittlungsaktionen ohne Ausbildungsplatz blieben, eine Perspektive bieten.

Funktioniert hat das nicht – die DGB-Jugend attestierte dem EQJ weitestgehendes Versagen. Für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer war es »ein Skandal, dass es Firmen gibt, die mit Hilfe des Förderinstruments der Einstiegsqualifizierung die Not der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz schamlos zu ihrem Vorteil ausnutzen«.

Leider ist eine Besserung der Situation nicht in Sicht. Angesichts der Probleme am (Ausbildungs-)Stellenmarkt sieht die Politik in den gering oder gar nicht bezahlten Einstiegsprogrammen auch weiterhin eine Chance, junge und ältere ArbeitnehmerInnen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, womit sie prekären Lern- und Arbeitsbedingungen Tür und Tor öffnet.

Seit letztem Jahr enthält das Sozialgesetzbuch III (SGB III) neue Regelungen für eine nun so genannte betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ). Von der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden gemäß § 235b Abs. 4 SGB III folgende Personen gefördert:

AusbildungsbewerberInnen mit eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach den bundesweiten Nachvermittlungsaktionen keinen Ausbildungsplatz haben; Azubis, die noch nicht in vollem Maße über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen sowie lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Auszubildende.

Wenn die Betriebe gefördert werden, erhalten sie von der BA die EQ-Vergütung bis zu einer Höhe von 192 Euro monatlich zuzüglich eines pauschalisierten Anteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag in Höhe von 99 Euro. Die Förderungsdauer kann sechs bis höchstens zwölf Monate betragen.

Die organisatorische Unterstützung bei der EQ und die notwendige sozialpädagogische Begleitung von lernbeeinträchtigten

und sozial benachteiligten EQ-TeilnehmerInnen kann ebenfalls von der BA gefördert werden (§ 241a SGB III).

Die EQ stellen eine Herausforderung für die Mitbestimmung dar: Ein Betrieb soll nur dann die Fördermittel erhalten, wenn dadurch keine regulären betrieblichen Ausbildungsplätze durch EQ-Plätze ersetzt werden. Die BA prüft deshalb, ob der antragstellende Betrieb seine Ausbildungstätigkeit im Durchschnitt der letzten drei Jahre verringert hat.

Die Förderung setzt auch voraus, dass zwischen Betrieb und EQ-TeilnehmerInnen ein entsprechender Qualifizierungsvertrag abgeschlossen wird. Dieser muss unbedingt auf die für den jeweiligen Ausbildungsberuf vorhandenen Qualifizierungsbausteine, die von den zuständigen Kammern entwickelt wurden, Bezug nehmen.

Da primär Ausbildungssuchenden unter 25 Jahren der Einstieg in die reguläre Berufsausbildung erleichtert werden soll, ist die Beschäftigung mit der EQ in der Privatwirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst eine Sache der JAV.

Das Engagement beginnt damit, dass man gemeinsam mit dem Betriebs-/Personalrat den Arbeitgeber auf die Möglichkeit der Teilnahme an der EQ hinweist. Für die TeilnehmerInnen an der EQ kann die JAV in Zusammenarbeit mit Betriebs- bzw. Personalrat eine Menge tun – und zwar bereits im Vorfeld: Mit der Arbeitgeberseite ist zu klären, ob und wie viele EQ-TeilnehmerInnen organisatorisch verkräftet werden können, so dass auch eine ausreichende Betreuung und Begleitung gewährleistet werden kann.

Ebenfalls sollte mit Hilfe der Betriebs- oder Personalräte vereinbart werden, wie die Übernahme in ein Berufsausbildungsverhältnis geregelt wird und wie die erfolgreich absolvierten Qualifizierungsbausteine auf die Ausbildungszeit angerechnet werden.

Während der EQ sollten JAV und Betriebsrat beobachten, ob die EQ-TeilnehmerInnen nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Darüber hinaus muss natürlich auch verhindert werden, dass sie in irgendeiner Form benachteiligt werden.



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt Wolf-
Dieter Rudolph, Berlin

Tipp: Bei der EQ handelt es sich nicht um ein klassisches Berufsausbildungsverhältnis, sondern um ein so genanntes Berufsausbildungsvorbereitungsverhältnis. Das heißt, Für die TeilnehmerInnen der EQ gelten – genau wie bei PraktikantInnen – nicht

alle Schutzbestimmungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), sondern lediglich die Paragraphen 10 bis 23 und 25 BBiG. Deren Einhaltung ist natürlich genauso zu kontrollieren wie die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes und selbstverständlich auch alle anderen für EQ-TeilnehmerInnen geltenden Gesetze, Verordnungen und Unfallverhütungsvorschriften.

Zum Vorgehen der JAV und des Betriebs-/Personalrats: Weil der Einsatz von EQ-TeilnehmerInnen als Einstellung gilt, hat der Betriebs-/Personalrat ein Mitbestimmungsrecht, so dass auch die JAV spätestens in einer Sitzung des Gremiums über die Existenz der vielleicht zukünftigen Azubis informiert wird.

JAV wie auch Betriebs-/Personalrat sollten sich als Ansprechpartner für etwaige im Betrieb auftretende Probleme vorstellen und wichtige Infos weitergeben: Dazu gehören die Öffnungszeiten des Betriebsratsbüros, Namen und Telefondurchwahl der JAVis, Hinweise auf das Teilnahmerecht an Betriebs-/Dienst- und an den Jugend- und Auszubildendenversammlungen.

Es schadet bestimmt nicht, die EQlerInnen über ihre speziellen Rechte zu geben – dazu eignet sich die von der DGB-Jugend speziell für diese Beschäftigtengruppe entwickelte Broschüre.

Aufpassen – JAV-Wahl: EQ-TeilnehmerInnen sind, sofern die EQ am (letzten) Wahltag noch nicht beendet ist, wahlberechtigt und gehören somit unbedingt auf die Wählerliste. Auch eine Kandidatur für die JAV ist rechtlich zulässig.

Nicht vergessen: Vertrauensleute der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft sollten die EQ-TeilnehmerInnen bei der Versorgung von Informations- und Werbematerial nicht vergessen, sondern versuchen, sie für ein Engagement in der Gewerkschaft zu gewinnen. [5]

Informationen zur EQ-Broschüre der DGB-Jugend: www.dgb-jugend.de, »Broschüren«

Während der EQ sollten JAV und Betriebsrat beobachten ob die EQ-TeilnehmerInnen...

...nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht und benachteiligt werden.

Community im Zelt

»Berlin 08«: Das sind drei Tage Politik und Kultur für junge Leute. Die DGB-Jugend wird ein fester Bestandteil sein.

Berlin 08« – bei diesem Jugendfestival vom 13. bis 15. Juni 2008 in der Berliner Wuhlheide werden mehrere tausend TeilnehmerInnen zwischen 14 und 24 Jahren erwartet.

Musikalisch bleiben beim Festival für junge Politik keine Wünsche offen: Mit Wir sind Helden, Madsen und Culcha Candela haben die Veranstalter drei dicke Bands verpflichtet, die mit ihrer Musik auch zu aktuellen Fragen Stellung beziehen. So viel zum Thema Unterhaltung.

Und die Politik? In über 300 Veranstaltungen haben die BesucherInnen die Möglichkeit, ihre gesellschaftspolitischen Projekte vorzustellen, aktuelle Politik – Globalisierung, Gewalt an Schulen, Klimaschutz etc. – zu diskutieren und jede Menge Kontakte zu knüpfen.

Die DGB-Jugend wird ein »Community-Zelt« aufbauen, in dem sie ihr eigenes Programm abspielen wird. DGB-Jugend-Referent Dirk Neumann: »Im Zentrum werden sicherlich die Podiumsdiskussionen stehen, bei denen Fragen rund um den Berufseinstieg

junger Menschen und ein Grundrecht auf Ausbildung erörtert werden sollen. Daneben werden wir unsere Beratungskompetenz präsentieren, insbesondere mit den Projekten »Dr. Azubi« und »Students at work.«

Dies ist aber nur ein Teil dessen, was geplant ist. Es wird Workshops, Vorträge und Lesungen geben. Aktionen zum Thema Ausbildung für alle sind geplant und werden gleich per Flashmob vor Ort durchgeführt.

Eine wichtige Angelegenheit ist auch die Arbeit mit SchülerInnen: Denn mit der Schule sind weder Gewerkschaften noch In-

sassen besonders glücklich. Unter dem Titel: »Schule verändern!« werden Gewerkschafts- und SchülervertreterInnen kreative Umbaumaßnahmen der Bildungsinstitutionen erörtern. Als passende ständige »Ausstellung« wird's ein »Labyrinth durch

die Arbeitswelt« betreiben – Motto: »Wie finde ich mich im Berufsleben zurecht?«

Zum Schluss ein ganz wichtiger Punkt: Das Thema Rechtsextremismus. Auf der Straße, in der Schule, in der Politik. Die DGB-Jugend wird über rechte Parteien informieren, darüber, wie sie soziale Themen besetzen – und natürlich: welche Gegenstrategien man entwickeln kann. [5]

Berlin 08. 13. bis 15. Juni 2008. Im FEZ-Berlin, An der Wuhlheide 197, 12459 Berlin, www.fez-berlin.de, www.du-macht.de



KURZ UND KLEIN

Aktivposten

□ Beim gewerkschaftsnahen antirassistischen Kumpelverein wurde ein neuer Vorstand gewählt: Neuer Vorsitzender ist Giovanni Pollice, Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer der IG BCE. Seine Stellvertreterinnen sind Sabine Hüther von der IG Metall und Michaela Dälken vom DGB-Bildungswerk.

www.gelbehand.de

□ Die DGB-Jugend NRW veranstaltet am 8. Mai 2008 eine JAV-Konferenz. Sie findet im Unperfekthaus in Essen statt. Thema: Wie man auf rechte Jugendkultur im betrieblichen Alltag reagieren kann.

www.dgb-jugend-nrw.de

□ Speziell für Jugendliche ohne betrieblichen Ausbildungsplatz bietet ebenfalls die DGB-Jugend NRW in den Sommerferien eine Urlaubsfahrt nach Norderney an. Für nur 199 Euro gibt es zwei Wochen lang Erholung. Die Reise geht vom 26. Juni bis 9. Juli 2008 in eine Ferienanlage direkt in den Dünen, wenige Minuten vom Strand entfernt.

www.dgb-andersreisen.de

□ Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg veranstaltet ein Pfingstcamp für Jugendliche und junge Erwachsene. An drei Tagen gibt's Infos über Themen wie Rechte im Betrieb und Rechtsextremismus. Das Camp findet vom 9. bis 12. Mai 2008 im Jugendcamp Störitzland am Störitzsee südöstlich von Berlin statt. Ausdrücklicher Hinweis: Alkohol zu Hause lassen, da es den »im Camp zum angemessenen Preis gibt!«

<http://jugend.berlin-brandenburg.dgb.de> [5]

Europa auf gutem Weg

Die Vorbereitung der DGB-Jugend auf das ESF.

Von 30. Mai bis 1. Juni 2008 wird in der Heimvolkshochschule Hustedt (Nähe Celle) das zweite internationale Vorbereitungstreffen für das Europäische Sozialforum (ESF) am 17. September 2008 in Malmö stattfinden.

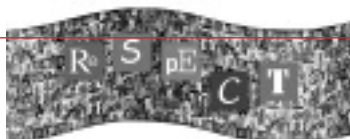
Schwerpunkt dieses Treffens: logistische Fragen und der Stand der Mobilisierung. Weiteres Thema wird die Konferenz der IG Metall-Jugend im Vorfeld des ESF und Kooperationen in Malmö sein. Dabei soll die Idee diskutiert werden, einen eigenen Jugendraum gemeinsam mit anderen Verbänden zu organisieren.

Das erste Vorbereitungstreffen für das ESF im Februar 2008 ist sehr erfolgreich verlaufen: 80 junge GewerkschafterInnen aus

neun verschiedenen Ländern nahmen daran teil und haben Workshop-Themen festgezogen: Globales Organising, Flexicurity, Bildung, Arbeitsrecht und Migration, Geopolitische Strategie der EU und Medien. Auch bei dem neuen Treffen werden internationale Gäste erwartet.

Ebenfalls an diesem Wochenende trifft sich der Arbeitskreis (AK) Internationales der DGB-Jugend. Im Mittelpunkt: die aktuellen internationalen Projekte der Mitgliedsgewerkschaften und weitere mögliche Schwerpunkte der Arbeit des AK nach dem ESF. [5]

ESF-Vorbereitungstreffen. Anmeldungen bis 23. Mai 2008 an Daniela Linke, E-Mail: daniela.linke@dgb.de, Fax: 030 / 240 60 409



Absender: DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

WEBTIPP DES MONATS

Der erste Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN) liegt vor. Der Bericht soll die nationale Bildungsberichterstattung ergänzen und den Reformbedarf ermitteln.

Ein Bereich, der besonders renovierungsbedürftig ist, heißt Karriereperspektiven. Kern dieses Reformbereichs ist, jungen WissenschaftlerInnen frühzeitig berechenbare Karriereperspektiven anzubieten. Die haben sie derzeit nämlich nicht.

Ähnlich sieht es mit der Chancengerechtigkeit aus: Hier müssen erst Gleichstellungsprogramme integriert werden. Die Internationalisierung der deutschen Hochschulen und der Personalentwicklung hat ebenfalls Nachholbedarf.

Parallel zum Bericht wurde das Kommunikations- und Informationssystem »Wissenschaftlicher Nachwuchs« mit der schönen Abkürzung »KISS-WIN« entwickelt, wo die Ergebnisse nachzulesen sind.

<http://kisswin.eu/>

+ Für den Unterricht: Begleitend zur europäischen Kampagne »Stop Discrimination« hat die EU einen Informationsfilm produziert. In der jeweiligen Landessprache informiert er über die verschiedenen Formen von Diskriminierung. Für Seminare und Workshops.

Download: www.stop-discrimination.info

+ Achtung, Konferenz! Am 30. und 31. Mai 2008 findet im DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen die erste DGB-Jugend-Konferenz zur gewerkschaftlichen Berufsschularbeit statt. Haupt- und ehrenamtlich Aktive sind eingeladen, das neue Konzept der bundesweiten Berufsschularbeit kennenzulernen.

Anmeldungen bis 13. Mai 2008 an E-Mail: Daniela.Linke@dgb.de

+ Rechtsextrem: Wirtschaftliche und soziale Benachteiligung führt nicht unbedingt zu Rassismus, Nationalismus und Intoleranz. Eine neue Studie über eine Region mit geringer Arbeitslosigkeit und niedrigem MigrantInnenanteil zeigt, dass das Problem der rechtsextremen Gruppen nicht isoliert von den politischen Milieus der Mehrheitskultur betrachtet werden kann – die nimmt den Rechtsextremismus nämlich oft stillschweigend hin.



Josef Held u.a.: *Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis*, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 192 S., 14,80 Euro

+ Attac-Sommerakademie: Seminare, Vorträge, Podiumsdiskussionen, Workshops – die Sommerakademie des Netzwerks Attac ist der beste Ort, um sich rundum mit Globalisierungskritik zu versorgen. Dieses Jahr in Leipzig.

30. April bis 4. Mai 2008. www.attac.de/sommerakademie2008/

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:

DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:

jkiontke@web.de

Internet:

www.dgb-jugend.de

Druck:

PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:

Jürgen Kiontke

Grafik:

Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:

Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

DGB-JUGEND – SEMINARE

Neonazis und soziale Frage: Schon seit geraumer Zeit versuchen Neonazis, an aktuelle politische Bewegungen anzuknüpfen, z.B. an die Antikriegsbewegung und die Proteste gegen Hartz IV. Je nach politischen Rahmenbedingungen der beteiligten Akteure gelingt dies mal besser oder mal schlechter. Welche politischen Inhalte sind es, an denen die extreme Rechte andocken will? Welche Gegenstrategien sind sinnvoll, um ihnen die Beteiligung unmöglich zu machen?

16. bis 18. Mai 2008. DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin. Buchungscode REC 608268732

Gewerkschaftspolitik in der Hauptstadt: Unweit des Bundestages in Berlin befindet sich der Sitz der DGB-Bundesvorstandsverwaltung. Doch mit der räumlichen Nähe ist es natürlich nicht getan. Wie versucht der DGB politische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu beeinflussen? Das Berlin-Seminar soll während einer Sitzungswoche des Bundestags Einblicke in die Bundespolitik und in die Arbeit des DGB bieten. Dazu wird das Parlament besucht und das politische Berlin erkundet.

16. bis 20. Juni 2008. Berlin. Buchungscode BEL 608268761
Anmeldung: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	